



BürgerInnenbrief

17. April 2012

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Maklerunwesen +++ Neue Mitte Altona +++ Politik gegen Hartz IV-Betroffene +++ Verkehrskrieg? +++ Städtebau

Dem Makler(un)wesen das Wasser abgraben!



Als die SPD noch gegen Wohnungsmakler Politik machte (aus: Günther/Schenkel-Tappert, Reimbek 1974)

Die rund 16.000 ImmobilienmaklerInnen in Deutschland (laut Schätzung der Bundesregierung 2004) sind eine seltsame Spezies: Ein/e Hauseigentümer/in möchte eine Wohnung vermieten und beauftragt mit der Suche interessierter MieterInnen ein Maklerunternehmen. Dieses stellt dann – bei erfolgreicher Vermittlung – nicht etwa der EigentümerInnen-seite die Maklercourtage in Rechnung, sondern der zukünftigen Mietpartei. Die Abwälzung von (bis zu) zwei Monatsmieten plus gesetzlicher Umsatzsteuer auf die neue Mieterin ist heute in Hamburg üblich. Das heißt, dass auf die galoppierenden Mieten noch einmal zwei weitere Nettokaltmieten

kommen, die an das Maklerbüro bezahlt werden müssen. Zusammen mit der GAL votierte die LINKE in der Bürgerschaft daher für eine Bundratsinitiative, die Maklergebühren zukünftig nach dem so genannten Bestellerprinzip zu erheben: Beauftragen VermieterInnen also ein Maklerbüro, sollen sie dieses auch zahlen. Doch die SPD konnte sich nur dazu durchringen, eine Teilung der Kosten zwischen VermieterInnen und MieterInnen als Antrag auf den Weg zu bringen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die aufwändige Studie »Leistungen und Provisionen transparent – Makler- und Kundenbefragungen zur Verbesserung der Verbraucher-

position bei der Inanspruchnahme von Immobilienmaklern« (unter <http://www.wohnen-im-eigentum.de/dokumente/verkaufen/makler-studie060909.pdf>). Ihr Verfasser Helmut Hagemann stellte im Juni 2006 fest, dass in Deutschland »die so genannten ortsüblichen Provisionen deutlich über dem Durchschnitt vieler anderer Länder und europaweit auf höchstem Niveau liegen«. Und Hagemann konstatierte auch, dass »in mehreren Ländern der Verkäufer die Provision zahlt, seltener wird sie (anteilig) vom Käufer verlangt«, während es in Deutschland genau umgekehrt ist (S. 10). Auch wenn diese Studie sich auf den Verkauf bzw. Erwerb von Wohnimmobilien bezieht, dürfte es sich mit dem Einsatz von MaklerInnen bei Vermietungen ganz ähnlich darstellen. Mit dem Ruf der hiesigen MaklerInnen ist es jedenfalls nach wie vor nicht zum Besten bestellt, wenn selbst »Welt Online« titelte: »Deutsche Makler gehören zu den teuersten der Welt« (29.3.2012) oder »Zeit Online« lapidar ausführt: »Immobilienmakler: Schnelles Geld, schlechtes Geld« (24.11.2011). Dieses Bild rettet auch nicht der Schlachtruf des »Hamburger Abendblatts«: »Weg mit den schwarzen Schafen« (4./5.2.2012).

Um dem Makler(un)wesen das Wasser abzugraben oder zumindest eine verlässliche Alternative zu schaffen, forderte DIE LINKE schon in ihrem Wahlprogramm Anfang 2011, mittels einer kommunalen oder genossenschaftlichen Wohnungsagentur »der Ausplünderung der Wohnungssuchenden« zu begegnen. Wohnen ist ein soziales Grundrecht, von daher muss sowohl der Wohnungsbau, die Wohnungspflege und eben auch die Vermittlung wieder zunehmend in die staatliche Verwaltung übernommen werden. Dadurch ließen sich die Qualität der Wohnungsberatung, die Vergleichbarkeit vorhandener Angebote und die Auswahl für die Wohnungssuchenden deutlich verbessern. Duisburg z.B. hat eine solche »Kommunale Wohnvermittlungsstelle« und erhebt von Wohnungssuchenden eine geringe Gebühr von maximal 26 Euro.

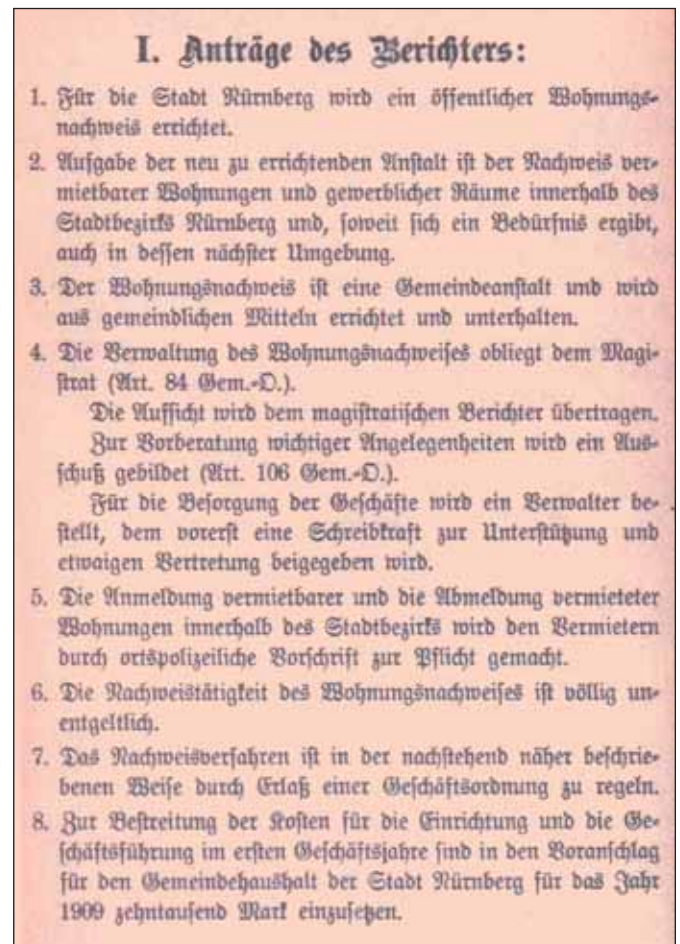
Die Forderung nach einer Kommunalen Wohnungsvermittlung ist wahrlich keine Neuerfindung der LINKEN, sie stammt vielmehr aus dem Arsenal fortschrittlicher Kräfte vor gut einem Jahrhundert. Erstmals 1893 machte Darmstadt mit einem solchen Wohnungsnachweis Ernst, vor allem Nürnberg schrieb mit seiner 1971 installierten Kommunalen Wohnungsvermittlung Geschichte. Und die frühen 1970er waren ja bekanntlich eine Zeit des Aufbruchs: Auf dem Hannoverischen Bundestag der SPD 1973 fassten die Delegierten mit Zwei-Drittel-Mehrheit (gegen den Widerstand der Vorstandsmehrheit und insbesondere des sozialdemokratischen Bauministers Hans-Jochen Vogel) folgenden Beschluss: »Die Ausübung des Gewerbes zur Vermittlung von Grundstücken und Wohnungen ist gesetzlich zu unterbinden. Eine öffentliche Vermittlungsstelle ist einzurichten.«

Mit dem in der Bürgerschaft gestellten Antrag »Kommunale Wohnungsvermittlung statt Gewinne für Makler/-innen« wähten wir uns also in guter Tradition und Nachbarschaft. Wir forderten darin, »1. spätestens im zweiten Halbjahr 2012 zügig ein kommunales Wohnungsvermittlungssystem für frei finanzierte Wohnungen einzurichten und intensiv zu bewer-

ben; 2. hinsichtlich der Erhebung von Gebühren ähnliche Kriterien wie in Duisburg anzusetzen und insbesondere die Bezieher/-innen von Grundsicherung ALG II, Grundsicherung und Jugendhilfe dabei freizustellen.« (Drucksache 20/3235 vom 15.2.2012)

Doch bis auf die Linksfraktion verweigerten alle anderen Fraktionen die Zustimmung. Die CDU geiferte gegen »sozialistische Verhältnisse«, SozialdemokratInnen und Grüne äußerten sich in der Debatte ablehnend. Schade eigentlich, denn hier ist eine Chance verspielt worden, in einem nicht unwichtigen gesellschaftlichen Teilbereich kommunale Positionen zurückzugewinnen. Es ging ja nicht einmal ansatzweise um die Radikalität des SPD-Beschlusses von 1973. Doch die Idee einer Kommunalen Wohnungsvermittlung als (gleichberechtigte) Alternative zur privaten Makelei ist damit keineswegs tot. Dafür wollen wir schon sorgen.

Wer die intensive Debatte um kommunale Wohnungsagenturen Anfang der 1970er Jahre nachvollziehen möchte, dem/der sei einerseits der SPIEGEL-Artikel »Riegel vor« in der Nummer 26/1971 (im Netz zu finden), andererseits das nur noch antiquarisch zu beziehende Buch »Wie kommt der Mensch zu seiner Wohnung? Thesen für eine »Kommunale Wohnungsvermittlung« von Heinz Günther und Peter Schenkel-Tappert (erschienen 1974 bei rororo aktuell) empfohlen. Daraus stammen auch die beiden hier abgedruckten Dokumente.



Karl Eiler, Vorschläge zur Errichtung eines städtischen Wohnungsnachweises (Nürnberg 1908) (aus: Günther/Schenkel-Tappert, Reimbek 1974)

Neues aus der Neuen Mitte Altona?

Von Heike Sudmann



Bahngelände in Altona (Foto: M. Joho)

Obwohl in der Neuen Mitte Altona viel passiert, ist es auf der Bürgerschaftsebene immer noch ruhig. Entgegen allen Ankündigungen sind den Abgeordneten bisher weder der Masterplan noch die »Vorbereitenden Untersuchungen« für die städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen vorgelegt worden. Letztere sollen nun am 19. April in einer öffentlichen Veranstaltung auf dem Bürgerforum vorgestellt werden. Vielleicht finden sie danach auch den Weg in die Bürgerschaft?

Nicht hinter den Kulissen, sondern öffentlich wurden am 10. April, initiiert durch das Koordinationsgremium ehrenamtlicher BürgerInnen, Erfahrungen und Alternativen aus anderen Städten vorgestellt und diskutiert.

In Heidelberg hatte die Bahn ebenfalls ein großes Gelände aufgegeben. Die Planungen verliefen zu Anfang ähnlich wie in Altona: städtebaulicher Wettbewerb, vorbereitende Untersuchungen für eine städtebauliche Entwicklungsmaßnahme nach § 165 Baugesetzbuch, BürgerInnenbeteiligung mit Workshops. Anders als in Altona hat sich die Stadt Heidelberg nach Jahren der Gespräche mit der Bahn/Aurelis entschieden, eine Entwicklungsgesellschaft mit Beteiligung der Landesbank und der Sparkasse zu gründen, um der Aurelis 60 Hektar der Bahnflächen abzukaufen. Leider gab es bei dieser begrüßenswerten Maßnahme, das Grundstück in die öffentliche Hand zu überführen, den ersten faden Beigeschmack: Das Grundstück wurde zu einem überhöhten Preis verkauft. Die Stadt habe sich von Aurelis und der Drohung, das Gelände nicht freizugeben, einschüchtern lassen. Auch in der weiteren Planung fehlte der Mut zu einer städtebaulich-architektonisch ansprechenden Lösung. Statt kleine Baufelder zu vergeben, wurden große Areale von jeweils einer Investorengruppe überplant. Das Ergebnis spiegelt sich in monotonen Bauten und immer weiter schrumpfenden Frei- und Grünflächen für die Allgemeinheit wider. Die ursprünglich geplante Stadtbahn wurde durch schlechtere Busverbindungen ersetzt, Infrastruktur für die Nahversorgung kommt nur zögerlich.

Ganz anders sieht der Stadtteil Vauban in Freiburg aus. Auf einem ehemaligen Kasernengelände sind hier rund 2.000

Wohnungen entstanden. Dank einer kleinteiligen Parzellierung und einer Stadtverwaltung, die sowohl an Beteiligung als auch an ökologischer Stadtplanung interessiert ist, ist ein lebendiger Stadtteil entstanden. Eine »lernende Planung« mit einer erweiterten, von der Stadt teilweise finanzierten BürgerInnenbeteiligung hat u.a. dazu geführt, dass soziale Einrichtungen und Treffpunkte für die BewohnerInnen im Quartier entgegen der ursprünglichen Planung doch realisiert wurden. Der Referent unterstrich, dass in Freiburg-Vauban die BürgerInnenbeteiligung nicht nur zugelassen, sondern von der Stadtverwaltung als eigene Kraft und als kreatives Potenzial für die Stadtteilentwicklung begriffen wurde. Es war auch politischer Wille, die Baufelder nicht an große Bauträger, sondern an (kleine) Baugruppen zu vergeben.

Während in Heidelberg und Freiburg der Fokus auf »gehobenem« Wohnraum und auf Eigentum lag, wurde im Stadtteil Kronsberg in Hannover der Schwerpunkt auf geförderter Wohnungsbau gelegt. Von den 3.200 Wohnungen im 1. Bauabschnitt sind sechs Eigentumswohnungen, 200 Reihenhäuser (vermutlich auch im Eigentum) und fast der gesamte Rest öffentlich geförderter Wohnungsbau für Menschen mit wenig Einkommen. Die vortragende Gemeinwesenarbeiterin des Stadtteilzentrums betonte, wie gut die Planung und Beteiligung auf dem Kronsberg gelaufen sei. Ein »Anwaltsplaner« sei in den ersten Jahren von der Stadt finanziert worden, später gab es ehrenamtlich organisierte Beteiligung. Aus den Verkaufserlösen der Flächen musste ein Teil zur Finanzierung der Infrastruktur abgegeben werden. JedeR InvestorIn musste 2% der vorgesehenen Wohnfläche als Verfügungsfläche für öffentliche bzw. soziale Zwecke zur Verfügung stellen.

So unterschiedlich auch die Rahmenbedingungen in den drei Städten waren bzw. sind, für die Neue Mitte Altona lassen sich trotzdem Erkenntnisse und Forderungen ableiten:

- Die Stadt muss Ausdauer und Standhaftigkeit haben und darf sich nicht von den InvestorInnen zu schlechten Vertragsabschlüssen drängen lassen.
- Die Baugrundstücke müssen kleinteilig vergeben und ge-

plant und nicht von großen Bauträgern in einem Stück bebaut werden. Mit dieser Parzellierung werden gute Voraussetzungen für einen lebendigen, bunten Stadtteil geschaffen.

- Eine »lernende Planung«, die die Vorschläge der BürgerInnen ernsthaft aufgreift und das kreative Potenzial der BürgerInnen wahrnimmt, ist der Grundstock für eine gute Beteiligung.

- Der Öffentliche Personennahverkehr und die Infrastruktur von Kitas über Schulen bis zur Nahversorgung müssen nicht nur von Anfang an mitgeplant, sondern auch frühzeitig hergestellt werden.

- Öffentlicher Raum, insbesondere die Grünanlagen, ist kein Bauerwartungsland, sondern ein wichtiger Bereich für Kommunikation und Austausch im Stadtteil. Deshalb ist eine angemessene Ausstattung und Größe erforderlich.

Zwei Veranstaltungen zur Neuen Mitte Altona

Am **Donnerstag, den 19. April**, um 19.00 Uhr, lädt die BSU zum **Bürgerforum Mitte Altona** ins Infozentrum Mitte Altona (Harkortstraße 121) ein. Es geht um den mit Spannung erwarteten Bericht zu den vorbereitenden Untersuchungen Mitte Altona. An diesem Abend sind auch erste Informationen über die Planungen für das Bahngelände Diebsteich zu erwarten.

Am **Mittwoch, den 25. April**, von 17.00 bis 19.00 Uhr, ebenfalls im Infozentrum Mitte Altona, heißt das Thema: **Forum – Eine Mitte für Alle**. Vorgestellt wird das Projekt »Q8-Quartiersentwicklung«, eine Initiative der Ev. Stiftung Alsterdorf. Die Anmeldung muss bis zum 18. April per E-Mail an k.haubenreisser@q-acht.net erfolgen. Im Gefolge sind verschiedene Rundgänge durch das Projektgebiet bzw. Bahngelände vorgesehen (Freitag, 4. Mai, 16.00 bis 18.00 Uhr; Samstag, 5. Mai, 11.00 bis 13.00 Uhr; Freitag, 8. Juni, 16.00 bis 18.00 Uhr). Auch hierfür ist eine Anmeldung nötig: mitte-altona@steg-hamburg.de.

Politik gegen Hartz IV-Betroffene

Von Tim Golke



Demo in Hamburg, 30.8.2004 (Foto: dpa)

Zum 1. April 2012 hat die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) die Anpassung der Höchstwerte der Bedarfe für Unterkunft und Heizung (BdU, ehemals KdU = Kosten der Unterkunft) an den Mietenspiegel 2011 vorgenommen.

Die Werte waren viereinhalb Jahre unverändert geblieben – trotz Mietenexplosion gerade in diesem Zeitraum –, eine gerade auch von der Linksfraktion immer wieder eingeforderte Anpassung an den Mietenspiegel 2009 war schlicht ausgesessen worden. Am 15. Februar 2012 hatte DIE LINKE in der Bür-

gerschaft erneut die Anhebung der Sätze verlangt, und nun ist es also soweit.

»Es ist erfreulich«, so unsere Pressemitteilung zum Thema, »dass der Senat nun endlich die Lage auf dem Wohnungsmarkt für Hartz-IV-EmpfängerInnen entspannt. Es ist allerdings unverständlich, warum dies erst Monate nach Veröffentlichung des neuen Mietenspiegels geschehen ist, und warum es erst einer parlamentarischen Initiative bedurfte, damit der Senat sich seiner Verantwortung gegenüber diesem Teil der Bevölkerung bewusst wurde.«

Dass diese Anpassung trotzdem nicht annähernd reicht, wird die Fraktion auch weiterhin kritisch aufs Korn nehmen. Das Diakonische Werk kommentierte die Anhebung der Sätze am 15. April wie folgt: »Dass die Mietrichtwerte endlich angepasst wurden, ist gut. Die Basis der neuen Mietrichtwerte ist aber der Mietenspiegel 2011, und der zeigt nicht, zu welchen Preisen jetzt Wohnungen am Markt und verfügbar sind. Er berücksichtigt auch nicht, dass bisher günstige Wohnungen bei der Neuvermietung fast immer teurer werden. Ausgehend von uns vorliegenden Daten des empirica-Instituts zu den Preisen von verfügbarem Wohnraum, die in Auswertung von Zeitungsanzeigen und Internetportalen angeboten werden, müsste der Richtwert z.B. für einen Ein-Personen-Haushalt eher bei 390 Euro statt bei den nun gültigen 327 Euro liegen. So werden z.B. viele Haushalte, die neu das Arbeitslosengeld 2 beziehen, Kostensenkungsaufforderungen bekommen.« Dem ist aus unserer Sicht nichts hinzuzufügen.

Eine weitere Meldung Anfang April sorgte für Furore. In Hamburg wurden 2011 durchschnittlich 3,7% aller von Hartz IV betroffenen Menschen wegen angeblicher Pflicht-

verletzungen durch das Jobcenter team.arbeit.hamburg sanktioniert. Dies geht aus der aktuellen Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) hervor. Damit nimmt Hamburg im Ranking der Bundesländer den beklagenswerten »Platz 3« ein: »Bronze« also für den drittschlechtesten Wert in Deutschland! Für Menschen unter 25 Jahren gilt ein verschärftes Sanktionssystem. So kann hier schon bei nur geringen Verstößen eine Absenkung von 100% der Grundsicherung, im Wiederholungsfall auch die Streichung der Bedarfe für Unterkunft und Heizung, erfolgen. In dieser Altersgruppe waren nach Angaben der Bundesagentur in Hamburg insgesamt 5,6% der Hartz IV beziehenden jungen Menschen von einer Sanktion betroffen.

Dieser »prominente« Platz Hamburgs ist beschämend. Es gibt dafür keine landesspezifischen Gründe, außer, dass das Hamburger Jobcenter verstärkt auf Sanktionen setzt. Eine umso fragwürdigere Praxis, als die Sanktionen in weit über der Hälfte der Fälle rechtswidrig sind: Bundesweit sind rund 42% der Widersprüche und rund 52% der Klagen gegen Sanktionen erfolgreich gewesen.

Weil durch Sanktionen das Grundrecht auf Existenzsicherung und gesellschaftliche Teilhabe verletzt wird, halte ich sie grundsätzlich für verfassungswidrig. Hamburg lässt seine Bürgerinnen und Bürger im Stich: Anstatt Probleme zu erkennen und im Interesse der Betroffenen zu handeln, wird viel zu häufig zur Strafe gegriffen, insbesondere bei Menschen unter 25 Jahren, bei denen eine vollständige Streichung der Grundsicherung die Regel ist. Die üppige Sanktionspraxis in Hamburg gilt es auch weiterhin schärfstens zu attackieren.

Zwei aktuelle Veranstaltungen zum Thema Hartz IV und Unterkunftskosten:

Zum 1. April hat die Sozialbehörde die »Höchstwerte zu den Kosten der Unterkunft« für HilfeempfängerInnen angehoben. Wie auch DIE LINKE halten das Diakonische Werk und der Verein Mieter helfen Mietern allerdings nichts vom irreführenden Begriff »Höchstwerte«, sondern plädieren für die Verwendung der Bezeichnung »Richtwerte«. Tatsächlich handelt es sich bei der vermeintlichen Obergrenze von 327 Euro netto kalt für die Wohnung um Richtwerte, von denen laut behördlicher Fachanweisung abgewichen werden kann, um die »Gesamtumstände der Leistungsberechtigten und die Situation am Wohnungsmarkt zu berücksichtigen«.

Vor diesem Hintergrund wird eingeladen zur Veranstaltung **Arbeitslosengeld II und neue Mietrichtwerte – »angemessen«, aber nicht genug?!**, die am **Dienstag, den 17. April**, um 17.30 Uhr im Centro Sociale (Sternstraße 2) stattfindet. Podiumsgäste sind Michael Klahn (Leiter der Abteilung Soziale Hilfe der Sozialbehörde), Jürgen Schlenker (Leiter des Jobcenters Harburg/Süderelbe), Marc Meyer (Mieter helfen Mietern) und Uschi Hoffmann (Stadtteildiakonie Süderelbe).

Parteiliche soziale Arbeit – Einspruch gegen Hartz IV, so ist eine Veranstaltung des ev.-luth. Kirchenkreises Hamburg-Ost überschrieben, die am **Mittwoch, den 18. April**, um 19.00 Uhr im Plenarsaal des Hanseatischen Oberlandesgerichtes (Sievekingplatz 2) stattfindet. MitarbeiterInnen aus verschiedenen Einrichtungen berichten über ihre Tätigkeit zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen gegenüber den Jobcentern. Unter 25-Jährige z.B., so Christine Tenbrink (Hude e.V.), »können ihren Anspruch auf ALG II in der Regel nicht alleine durchsetzen. Die Jobcenter versuchen häufig, die Leute einfach abzuwimmeln und damit auszusteuern.«

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Neu erschienen ist die sechste Ausgabe des **»Verkehrspolitischen Zirkulars«**, das die Bundestagsfraktion der LINKEN in größeren Abständen herausgibt. In dieser Nummer geht es u.a. um kritische Positionen zum Verkehrswachstum, zur Fernbusliberalisierung, zum Fußverkehr und Fluglärm, zur Bahnpreiserhöhung und um BürgerInnenbeteiligung bei Verkehrsprojekten. Die neue Ausgabe von Besser verkehren (nebst weiteren informativen Materialien) kann im Netz unter www.nachhaltig-links.de/index.php/publikationen-mobilitaet heruntergeladen werden.

Bereits im vergangenen Jahr wurde das interessante Papier **Mehr als ein Dach über dem Kopf. Wohnungspolitische Eckpunkte** des Diakonischen Werkes publiziert. Im März 2012 ist es grundlegend überarbeitet worden und im Netz zu finden unter www.diakonie-hamburg.de/.

Seit dem 15. Oktober 2011 sind Teile des Gerhart-Hauptmann-Platzes von der Occupy-Bewegung Hamburgs »besetzt«. Die Initiative ruft die BürgerInnen dazu auf, sich auf dem Areal mit lokalen Themen zu präsentieren. Über die Positionen von Occupy Hamburg ist mehr zu erfahren unter www.occupy-hamburg.de, ein schon etwas älterer »Rundgang« durchs Camp findet sich unter www.youtube.com/watch?v=TNRCXHo12Do.

Am **Dienstag, den 17. April**, trifft sich um 19.00 Uhr im Kölibri (Hein-Köllisch-Platz 12) eine Projektgruppe, die sich dem Ziel verpflichtet sieht: **Keine Seilbahn über die Elbe!** Es gilt, den Seilbahn-Fans der Stage Entertainment GmbH mit Argumenten entgegentreten.

»Brauner Terror & Behördenversagen. Warum die neonazistische Gefahr so unterschätzt wurde und welche Lehren daraus zu ziehen sind«, ist am **Freitag, den 20.4.**, um 18.30 Uhr Thema der Bürgerschafts-abgeordneten Mehmet Yildiz und Christiane Schneider im Kultur-Palast Billstedt, Öjendorfer Weg 30a. Neben einer Filmvorführung laden sie zur Diskussion ein.

Die Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Stadtentwicklung e.V. (GSS) lädt im Vorfeld ihrer Tagung **»Soziale Bewegungen in der Stadt – städtische soziale Bewegungen«** (20./21. April) am **Donnerstag, den 19. April**, ein zu einer Debatte von SozialwissenschaftlerInnen und sozialen Bewegungen. Motto: Die reden über uns – interessiert uns das? Das öffentliche Gespräch beginnt um 19.30 Uhr in der Kupferdiebe-Galerie im Gängviertel (Caffamacherreihe 49).

Um **Die andere Seite der Gentrifizierung?** – also die Kehrseite der Verdrängung aus den innenstadtnahen Quartieren – geht es am **Samstag, den 21. April**, bei einem Rundgang des BUKO-Arbeitsschwerpunktes Stadt Raum (ASSR) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung durch Steilshoop. Durchgeführt wird er von dem Stadtteilaktivisten Dr. Martin Kersting. Start ist um 14.00 Uhr vor dem Zentrum JETZT (Gründgensstraße 22).



HVV gratis! Ein richtiger Schritt in ein zukunftsfähiges Hamburg? – Der Traum vom kostenfreien Nahverkehr ist Gegenstand einer Anhörung und Podiumdiskussion, die das Diakonische Werk, der Zukunftsrat Hamburg, der BUND Hamburg sowie die Ev. Akademie der Nordelbischen Kirche am **Dienstag, den 24. April**, von 18.30 bis 21.30 Uhr im Dorothee-Sölle-Haus (Königstraße 54) veranstalten. Hintergrund ist die im letzten Jahr von den VeranstalterInnen vorgelegte Studie »Zukunftsfähiges Hamburg«, in der die Einführung eines Bürgerickets zur kostenfreien Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs empfohlen wurde. Nach der Begrüßung folgt um 18.40 Uhr der einleitende Vortrag zum Gratis-Bürgerticket von Dr. Michael Kopatz (Wuppertal-Institut), um 19.00 nehmen Betroffene aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen Stellung. Das Podium der um 20.00 beginnenden Debatte stellen Dirk Bestmann (Hamburger Hochbahn), Martina Koeppen (SPD), Klaus-Peter Hesse (CDU), Dr. Till Steffen (GAL), Dr. Wieland Schinnenburg (FDP) sowie Heike Sudmann (DIE LINKE).

Unter dem Titel **Die Schanze: Kinos, Klaviere, Körperkultur** bietet Gerd Siebecke am **Mittwoch, den 25. April**, im Rahmen der alternativen Lesetage einen Spaziergang durch das Schanzenviertel an. Den Autor des Buches »Die Schanze: Galao-Strich oder Widerstandskiez?« treffen Interessierte um 19.00 Uhr vor der Buchhandlung im Schanzenviertel (Schulterblatt 55).



Um die **Radverkehrsförderung in New York** geht es am **Donnerstag, den 26. April**, ab 19.30 Uhr in der Geschäftsstelle des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) in der Koppel 34-36. Die US-Metropole hat in den vergangenen Jahren dem Rad einen gewissen Vorrang eingeräumt. Michael Amabile – Behördenmitarbeiter in der New Yorker Abteilung für Verkehr – wird darüber berichten (Eintritt 2,50 Euro, für ADFC'lerInnen kostenfrei). Mehr unter www.hamburg.adfc.de.

Am Wochenende **28./29. April** (Samstag 10.00 bis 20.00 Uhr, Sonntag 10.00 bis 17.30 Uhr) tagt im Bürgerhaus Wilhelmshaus (Mengestraße 20) der **Landesparteitag der Hamburger LINKEN**. Am zweiten Tag steht neben den Neuwahlen des Landesvorstandes u.a. der Schwerpunktantrag »Wohnungsnot und Mietenwahnsinn in Hamburg und die Alternativen der LINKEN« zur Debatte und Beschlussfassung auf der Tagesordnung. Der Antragsentwurf ist im Netz einsehbar unter www.die-linke-hamburg.de.

Vom 3. bis 5. Mai ist Hamburg Gastgeber des **10. Deutschen Seniorentages 2012**. Unter dem Titel »JA zum Alter!« sind Dutzende Veranstaltungen im Congress Centrum am Dammtor vorgesehen, darunter auch einige zu den Komplexen Wohnen und Mobilität von SeniorInnen. Die Öffnungszeiten sind von 9 bis 18 Uhr, am dritten Tag nur noch bis 17 Uhr. Eine Tageskarte kostet 7,50 Euro, die 3-Tage-Karte 20 Euro inkl. Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel. Das Gesamtprogramm siehe unter www.bagso.de.

Eine im vergangenen Frühjahr unter prinzipieller Zustimmung der Linksfraktion beschlossene »Stadtwerkstatt« soll dazu dienen, die Planungskultur in der Stadtentwicklung transparenter zu gestalten. Mitte April ist dafür von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) eine Internetplattform eingerichtet worden. Am **Freitag, den 4. Mai**, 18.30 Uhr, findet auf Kampnagel (Halle K6) die erste Veranstaltung statt: **Dynamische Stadt: Wachsen im Dialog**. Der Diskussion stellt sich an diesem Abend Bürgermeister Olaf Scholz.

Auch auf Bundesebene finden einige interessante öffentliche Veranstaltungen unter Beteiligung Hamburger LINKEN Abgeordneter statt. Cansu Oezdemir fährt z.B. zum Fachgespräch der Bundestagsfraktion der LINKEN **Obdach- und Wohnungslosigkeit in Deutschland – Die Schattenseite einer reichen Gesellschaft** am **26. April**, 13 bis 17 Uhr, in Berlin (Paul-Löbe-Haus, Konrad-Adenauer-Straße 1). Heike Sudmann sitzt am **25. April** ab 19.30 Uhr auf dem Podium einer Veranstaltung der Berliner LINKEN mit dem Titel **Wohnst du noch? Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten linker Wohnungspolitik** (Karl-Liebknecht-Haus, Rosa-Luxemburg-Saal, Kleine Alexanderstraße 28).

Helm ab, Fuß runter! Hamburger Verkehrskrieg?

Von Heike Sudmann



Fahrraddemo vor dem Rathaus, Juni 2011 (Foto: www.radverkehrspolitik.de)

Zugegeben, die Überschrift erinnert an militaristisches Gehebe. Dabei soll es eigentlich nur um den Verkehr auf Hamburgs Straßen gehen. Gelegentlich beschleicht mensch jedoch das Gefühl, dass hier mit harten Bandagen und verdecktem Visier gekämpft wird. Deutlich wird das z.B. bei den Themen Radfahren und Geschwindigkeit.

Unter dem reißerischen Titel »Gegen Unfalltod und Pflegebedürftigkeit – Helmpflicht für Minderjährige« hat die CDU in der Bürgerschaft nicht nur eine Helmpflicht für Minderjährige, sondern auch noch für alle RadfahrerInnen eingefordert (s. Bürgerschaftsdrucksache 20/2826 vom 11.1.2012). Dieses so fürsorglich wirkende Ansinnen blendet sowohl die hauptsächlichsten Verkehrsunfallarten mit Kindern als auch die Hauptursachen von Verkehrsunfällen aus. Dazu einige Zahlen des Statistischen Bundesamtes zu »Zweiradunfällen im Straßenverkehr 2010« sowie zur »Unfallentwicklung auf deutschen Straßen 2010«:

- Knapp 50% der tödlich verunglückten Kinder waren BeifahrerInnen in einem Pkw, 27% waren zu Fuß und 19% mit dem Fahrrad unterwegs, als der Unfall geschah.
- Bei Unfällen mit Beteiligung von Fahrradfahrenden sind zu 75% Pkw-FahrerInnen die VerursacherInnen.
- Die häufigste Unfallursache auf deutschen Straßen ist eine nichtangepasste, also überhöhte Geschwindigkeit.

Ohne Frage ist jedeR Verkehrstote eineR zu viel. Doch – um auf das Militaristische zurückzukommen – Aufrüstung ist der falsche Weg. Einige Autofahrende sind auf besonders große und hohe Autos ausgewichen. Diese »Sport Utility Vehicle« (SUV) waren bis vor einiger Zeit vor allem an den gigantischen Stoßstangen und -gittern vorne zu erkennen. Diese auch Kuhfänger genannten Vorrichtungen hatten einen er-

heblichen Anteil an schweren Verletzungen bei Kollisionen mit Radfahrenden und FußgängerInnen und wurden inzwischen verboten. Um auch die schwächeren VerkehrsteilnehmerInnen ohne Airbag und ABS aufzurüsten, sollen die Radfahrenden jetzt wenigstens alle Helme tragen. Dass ein Helm den Kopf schützt, ist keine Frage, doch leider ist mittlerweile auch festgestellt worden, dass eine Helmpflicht viele vom Fahrradfahren abhält (die geeigneten LeserInnen des BürgerInnenbriefs können ja mal sich und ihre FreundInnen fragen, wie sie es mit dem Fahrradhelm halten). Der britische Verkehrspsychologe Ian Walker hat herausgefunden, dass Radfahrende mit Helm sogar gefährlicher leben, weil Autofahrende weniger Abstand zu ihnen halten: Mit und ohne Helm fuhr er auf einem mit Ultraschallentfernungsmesser ausgestatteten Fahrrad herum und ließ Autos an sich vorbeiziehen. Das verblüffende Ergebnis: Autos kommen RadfahrerInnen mit Helm im Durchschnitt 8,5 Zentimeter näher als solchen ohne Kopfschutz. Es gibt viele Argumente für und gegen einen Helm. Was mich in der Debatte stört, ist der Unterton. Wer keinen Helm trägt, ist demnach selbst schuld an seinen Verletzungen, auch wenn er/sie schuldlos an dem Unfall ist. Fehlende Radstreifen oder zu hohe Geschwindigkeiten sind jedoch kein individuelles Problem.

Dabei ist auch im Straßenverkehr mit Abrüstung viel mehr Sicherheit zu erreichen. Eine Einhaltung der Höchstgeschwindigkeit wäre der erste Schritt (wo 50 draufsteht, ist nicht 70 km/h gemeint, Tempo 30 in Wohngebieten meint nicht, dass hier auch mit 50 km/h gefahren werden kann). Ein nächster Schritt ist die Reduzierung der Höchstgeschwindigkeiten. Unter Schwarz-Schill ist Tempo 60 ausgebaut worden, das muss zurückgedreht werden. Wo irgend möglich, sollte es zur Aus-

weisung von Tempo 30 kommen. Und wer jetzt aufstöhnt, dass er/sie dadurch langsamer ans Ziel kommt: Die Durchschnittsgeschwindigkeit in Großstädten liegt um die 20 km/h. Die zurückgelegten Distanzen einer Autofahrt liegen in einer Stadt wie Hamburg überwiegend zwischen 5 und 10 Kilometern. JedeR kann leicht ausrechnen, dass eine höhere Geschwindigkeit nur einstellige Minutengewinne bringt. Für die Verkehrssicherheit hingegen bedeutet eine höhere Geschwindigkeit eine erhebliche Erhöhung der Unfallgefahr. Aus diesem Grund hat die Linksfraktion eine Reduzierung der Geschwin-

digkeit im Straßenverkehr beantragt (»Tempominderung für mehr Sicherheit auf Hamburgs Straßen«, Bürgerschaftsdrucksache 20/3756 vom 4.4.2012), damit der Fuß schneller runter vom Gaspedal geht.

Ich bin gespannt, ob die anderen Fraktionen in der Bürgerschaft bereit sind, sich mit der AutofahrerInnen-Lobby anzulegen. Und ein bißchen gespannt bin ich auch auf die Reaktionen in der Partei, sind doch etliche nach meiner Wahrnehmung eher dem Auto zugeneigt als dem ÖPNV und dem Fahrrad – oder?

Auf zur Mai-Demo! Und zum Euromayday!

Aufruf des DGB Hamburg zum 1. Mai 2012



1. Mai 2011 in Hamburg (Foto: M. Joho)

Gute Arbeit für Europa – Gerechte Löhne, Soziale Sicherheit

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sagen Ja zur europäischen Integration. Wir wollen die Zukunft Europas sozial gestalten.

Die Gewerkschaften kämpfen schon immer für gerechte Löhne, soziale Sicherheit und gute Arbeit. Diese Themen sind aktueller denn je. Wenn versucht wird, die Folgen der Euro-Krise auf Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und sozial Schwache abzuwälzen, müssen wir in Deutschland und in ganz Europa dagegen kämpfen.

Die einseitige Sparpolitik zur Rettung Europas gefährdet Wachstum, Beschäftigung und den sozialen Zusammenhalt. Die bisherigen Maßnahmen führen unsere Gesellschaften in eine Sackgasse aus Armut, Ungleichheit, Rezession und letztlich höherer Verschuldung, politischer Instabilität und gefährden die bisherigen Fortschritte in der Integration. Nur einseitig zu sparen, birgt die Gefahr, dass das deutsche und europäische Wachstum abgewürgt wird. Wir wollen ein ge-

rechtes, prosperierendes und demokratisches Europa – frei von Zukunftsängsten, frei von Armut, mit Teilhabe an Arbeit, Vermögen sowie Wohlstand für alle.

Unsere Hamburger Demonstration startet um 11 Uhr auf dem Spielbudenplatz in St. Pauli. Von dort geht es über den Spielbudenplatz, Davidstraße, Hein-Hoyer-Straße, Simon von Utrecht Straße, Holstenstraße, Pepermölenberg, Breite Straße auf den St. Pauli Fischmarkt, wo ab 12 Uhr die Abschlusskundgebung stattfinden wird. Reden werden Berthold Huber, Erster Vorsitzender der IG Metall, Hamburgs DGB-Vorsitzender Uwe Grund sowie Isabel Artus als Vorsitzende der DGB Jugend Hamburg.

In **Bergedorf** beginnt die Demonstration um 10.00 Uhr auf dem Lohbrügger Marktplatz. Die Abschlusskundgebung findet dann ab 11 Uhr im Rathauspark statt. Sprechen werden Ernst Heilmann als Bergedorfs DGB-Vorsitzender, Frank Teichmüller, ehemaliger Vorsitzender der IG Metall Küste, sowie Bezirksamtsleiter Arne Dornquast. Musik gibt es von der Band »Rock die Straße«.

In **Harburg** wird auf der Abschlusskundgebung um 11.00 Uhr im Kulturzentrum Rieckhof auch Bürgermeister Olaf Scholz sprechen. Los geht es dort um 10 Uhr am Harburger Marktplatz. Musikalische Begleitung: »TomBailey-Duo«.

1. Mai Demonstration (nebst Motorrad demonstration)

11.00 Uhr Demobeginn ab Spielbudenplatz/St. Pauli

12.00 Uhr Kundgebung Fischmarkt

Theater

Aufstehen gegen Neonazis: »Notwehr«, von Jakob Arjouni, 26. bis 28. April 2012, jeweils 20.00 Uhr,

Vers- und Kaderschmiede + DGB Hamburg, Politbüro, Steindamm 45

Karten 15/10 Euro, Vorverkauf über die Büchergilde im Gewerkschaftshaus oder telefonisch unter 28 05 54 67

Wie schon in den Vorjahren findet nach der DGB-Demonstration der **Euromayday** verschiedener alternativer Gruppen – die Parade gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse – statt.

Dieses Mal wird sich der Schwerpunkt der Aktionen um das Thema »Stadtplanung von unten statt Abriss und Verdrängung!« drehen. Besondere Akzente werden dabei hinsichtlich der Neuen Mitte Altona und des Kampfes gegen Mietenwahnsinn und das neoliberale Umpflügen des Stadtteils St. Pauli (ein Stichwort: der drohende Abriss der ESSO-Häuser) gesetzt.

Treffpunkt der EuroMayday-Parade unter dem Motto »BITTE PLATZ NEHMEN« ist am 1. Mai, um 14h, in den Expresshallen, Harkortstraße, Altona.

Städtebauverträge: Ein Schelm, der Böses denkt



Auch keine Sozialwohnungen: Neubauten in der Hafencity (Foto: dpa)

Der soziale Wohnungsbau ist in den letzten Jahren fast zum Erliegen gekommen. Das soll nun alles anders werden. Und damit die InvestorInnen auch das bauen, was sie versprechen, sollen mit ihnen städtebauliche Verträge abgeschlossen werden. Vereinbarungen mit InvestorInnen seien schon lange erfolgreich genutzt wurden, so der Senat. Wie erfolgreich so etwas in die Hose gehen kann, zeigt ein Beispiel aus dem Bezirk Nord. Pikanter Weise profitiert hier ein bekannter CDU-Bürgerschaftsabgeordneter mit seiner Firma von der Naivität, Nachlässigkeit oder was auch immer der Verwaltung.

Versprechen des SPD-Senats

Bekanntlich hat der Senat das Ziel, von mindestens 6.000 neuen Wohneinheiten 2.000 als öffentlich geförderte Wohnungen entstehen zu lassen, davon die Hälfte durch die SAGA GWG. Die anderen 1.000 »Sozialwohnungen« aber obliegen den genossenschaftlichen und privaten Wohnungsunternehmen, schriftlich fixiert im »Bündnis für das Wohnen« vom Spätsommer vergangenen Jahres. Um den Anteil von 30% ge-

fördertem Mietwohnraum zu gewährleisten, sollen städtebauliche Verträge mit den InvestorInnen abgeschlossen werden, wie der Senat im Stadtentwicklungsausschuss am 17. Februar bestätigte. Der Senat verspreche sich von solcherart Verträgen, »dass man über diesen Hebel auch auf privaten Grundstücken eben genau den Anteil sozialen Wohnungsbau realisieren kann, den wir auf städtischen sozusagen etwas leichter durchsetzen können, damit wir insgesamt auf die verabredeten 30 Prozent sozialer Wohnungsbau kommen«. Schon am 10. Januar konnte mensch in einem internen Papier der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) lesen: »Die konkrete Durchsetzung des Anteils geförderter Wohnungen auf privaten Flächen ist über städtebauliche Verträge denkbar.«

Konträre Erfahrungen seit dem Jahr 2000

Eine Kleine Anfrage der Linksfraktion belegt allerdings, dass die Verhältnisse bisher jedenfalls ganz anders liegen (Bürgerschaftsdrucksache 20/3579 vom 27.3.2012). Der Senat antwortete, dass es seit dem Jahre 2000 insgesamt 79 städ-

tebauliche Verträge gegeben habe, davon lediglich vier wohnungsbaubezogene im Jahr 2011: Im Bebauungsplan (B-Plan) »Ottensen 6« sind 10 von 32 erstellten Wohneinheiten Sozialwohnungen. Laut B-Plan »Othmarschen 40« sind 220 von 660 Wohneinheiten als Sozialwohnungen angedacht, doch ist die »Realisierung offen«. Im B-Plan »Kirchwerder 30/Ochsenwerder 11« sind unter den 70 Wohneinheiten keine Sozialwohnungen vorgesehen. Und im B-Plan »Eimsbüttel 36« sind zwar 45 Wohneinheiten »vereinbart«, aber keine Sozialwohnungen in Planung. Alles in allem also eine mehr als nüchterne Bilanz seit Antritt des SPD-Senats mit seinen vollmundigen Ankündigungen.

Wie aus Sozialwohnungen renditeträchtige Eigentumswohnungen werden

Ohne städtebauliche Verträge machen die InvestorInnen offenbar, was sie wollen. Und damit kommen wir auf die Immobilienfirma »OneVest« des CDU-Bürgerschaftsabgeordneten Herrn Wankum. Für die Fuhlsbüttler Straße 294 bis 314 in Barmbek hatte er dem Bezirk Nord den Bau von 115 Sozialwohnungen in Aussicht gestellt und entsprechende Gremien passiert. Doch stattdessen werden auf dem betreffenden Areal nun Eigentumswohnungen errichtet, zum nicht eben günstigen Preis von gegenwärtig 3.250 Euro je Quadratmeter.

»Miese Masche mit Sozialwohnungen« nannte die Mopo am 4. April dieses Vorgehen. Wenn dieser Skandal auch durch unsere Kleine Anfrage ans Tageslicht befördert wurde, zu einer Änderung des renditeträchtigeren Bauvorhabens scheint dies leider nicht zu führen. Immerhin, Thomas Domres – SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksversammlung Hamburg-Nord – kündigt an, »zukünftig werden wir geplante Sozialwohnungen mit einem Vertrag sichern« (Mopo, 4.4.2012). Wenn sie's denn wenigstens wirklich und ernsthaft täten...

Der Senat behauptet in seiner Antwort, er messe den städtebaulichen Verträgen »einen hohen Stellenwert zu«. Doch tatsächlich passiert in dieser Hinsicht – zumindest bisher – fast gar nichts. Ganz im Gegenteil, verhindert er entweder an verschiedenen Stellen geradezu den Abschluss solcher bindenden Vereinbarungen oder er unterschätzt deren Bedeutung, beides durchaus im Interesse der munter agierenden, durch nichts gebändigten InvestorInnen. Es kommt eben nicht nur darauf an, sich an der hohen Zahl der Baugenehmigungen zu ergötzen. Entscheidend ist, den Anteil der Sozialwohnungen im 1. Förderweg drastisch zu erhöhen und alles dafür zu tun, den öffentlichen Mietwohnungsbau durch städtebauliche Verträge, wo immer möglich, bei Bauvorhaben abzusichern.

Wohnlagen: Behörde vs. Gerichtsurteile



Plakat an einem Neubau in der Alstertwiete in St. Georg (Foto: M. Joho)

In der aktuellen Antwort auf eine Kleine Anfrage von Heike Sudmann und Tim Golke (Bürgerschaftsdrucksache 20/3687 vom 5.4.2012) macht der Senat deutlich, dass der Schutz der Mieterinnen und Mieter nur zweitrangig ist. Das Wohnlagenverzeichnis, ein wichtiger Anhang des Mietenspiegels, wird nicht zu Gunsten der MieterInnen verändert.

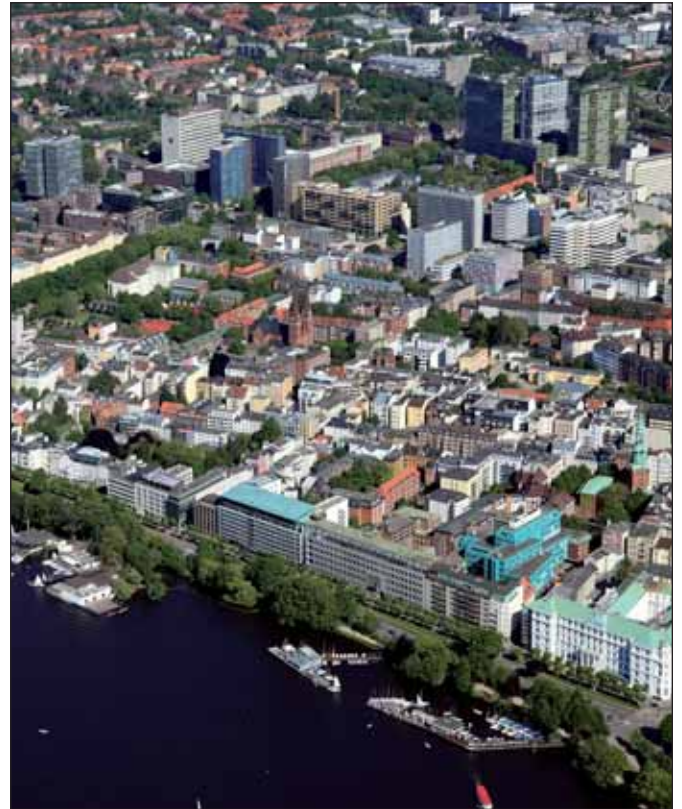
Jedem Mietenspiegel hängt ein mehrere hundert Seiten langes Wohnlagenverzeichnis an. Die Wohnlage spielt eine wichtige Rolle bei Mieterhöhungen. Wenn ein Straßenzug von der »normalen« in die »gute Wohnlage« hochgestuft wird, kommen VermieterInnen mit Mieterhöhungsverlangen, die zwischen 50 und 100 Euro pro Monat liegen können. Der Mieten-

spiegel wird im Internet und auch in Form einer regelmäßig überarbeiteten Broschüre der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) bekanntgemacht. Das Wohnlagenverzeichnis ist faktisch dagegen nur im Internet einsehbar.

Konkreter Anlass für die Anfrage waren die Verhältnisse im Hauptbahnhofsviertel. Hier tobt die Auseinandersetzung um die Aufwertung ganzer Straßenzüge und die Verdrängung Hunderter MieterInnen mit kleinerem Portemonnaie seit mittlerweile mehr als einem Jahrzehnt. Mehrere St. Georger MieterInnenhaushalte haben Mieterhöhungen, die mit der neu verhängten guten Wohnlage begründet wurden, abgelehnt und – Recht bekommen. Inzwischen sind drei Urteile des Landgerichts Hamburg von 2007, 2011 und 2012 rechtskräftig geworden, wonach Einstufungen von einzelnen Wohnungen in der Koppel und St. Georgstraße in die gute Wohnlage unzulässig sind. Die Urteilsbegründungen lassen unzweideutig erkennen, dass diese Straßen komplett als normale Wohnlage zu gelten haben. Doch während 2007 die BSU – wenn auch zähneknirschend und nach Protesten aus dem Stadtteil und dem Bezirk Mitte – die Urteile umsetzte und entsprechende Anpassungen im Wohnlagenverzeichnis vornahm, sitzt sie die Urteile von 2011 und 2012 aus und weigert sich, Korrekturen vorzunehmen.

Es würde sich bei den Urteilen ja nur um »Einzelfallentscheidungen« handeln, liest mensch überrascht in der Senatsantwort: »Die Gerichte bewerten in der Regel die Lage der streitgegenständlichen Wohnung, treffen also eine Einzelfallentscheidung, während im Wohnlagenverzeichnis Straßenabschnitte (Blockseiten) bewertet werden.« Schauen wir uns dagegen nur einmal exemplarisch ein paar Sätze aus dem Landgerichtsurteil vom 20. Januar 2012 (Az. 311 S 22/11) an: »...Auch ein gepflegtes Straßenbild ist in der Koppel nicht vorherrschend. Bei den anzutreffenden Häuserfronten wechseln sich einfache Neubaufassaden mit älteren, z.T. ansprechend gestalteten ornamentierten Fassaden ab. Der Sanierungszustand ist unterschiedlich gut, regelmäßig aber nicht überdurchschnittlich, es handelt sich um eine gemischte Nutzung zu Wohn- und Gewerbebezwecken. Die Bebauungsdichte ist sehr hoch. Diese Kriterien sind durchweg charakteristisch für normale Wohnlagen. Demgegenüber vermögen die Vorteile der überaus zentralen Lage und die dafür verhältnismäßig ruhige Lage der Straße insgesamt nicht einen solchen Stellenwert anzunehmen, dass die Lagevorteile gegenüber der normalen Wohnlage überwiegen. Allein das Ansteigen der Bodenrichtwerte, welche einen erheblichen Anteil an der Einordnung im Wohnlagenverzeichnis haben, bedingt nicht schon per se einen Anstieg der Wohnqualität...« Von wegen Einzelfallentscheidung!

Das Verhalten der BSU ist völlig inakzeptabel, überlässt sie es doch den einzelnen MieterInnen, ihr Recht einzufordern. Die Situation ist doch die: Jeder Mietshaushalt in den betreffenden Straßen, der ein mit der guten Wohnlage begründetes Mieterhöhungsverlangen ablehnt, kommt damit vor Gericht durch. Doch die Behörde weigert sich, dieses auch im Wohnlagenbereich für alle – d.h. vor allem für VermieterInnen und MieterInnen – ersichtlich abzubilden. Sie individualisiert da-



Steigende Bodenrichtwerte: St. Georg aus der Luft (Foto: dpa)

mit das Problem: Nur wer gerichtliche Auseinandersetzungen nicht scheut, kann die ihm/ihr zustehende günstigere Monatsmiete durchsetzen, alle anderen gucken in die Röhre. Ein solches Herangehen ist schlicht unsozial! Die BSU leistet damit ihren Beitrag, die massive Gentrifizierung St. Georgs und den hiesigen Mietenwahnsinn auch noch aktiv, wider besseres Wissen und die Rechtssprechung, zu befördern. Zu fordern ist, dass die Behörde sofort die entsprechenden Änderungen im Wohnlagenverzeichnis vornimmt und die AnwohnerInnen und VermieterInnen in den betreffenden Straßen darauf hinweist, dass es sich hier um eine normale Wohnlage handelt.

Wir haben es in den vorliegenden »Fällen« Koppel und Schmilinskystraße keineswegs nur mit lokalen Petitesse zu tun. Das System der Wohnlageneinstufung führt auch in anderen Stadtteilen zu Mieterhöhungen, ohne dass die Wohnlage durch mehr Grün, Verkehrsberuhigung oder andere Maßnahmen verbessert worden wäre. Maßgeblich ist der so genannte Bodenrichtwert. Werden beispielsweise in einem der Gentrifizierung überlassenen Viertel wie St. Georg Hunderte Miet- in Eigentumswohnungen umgewandelt oder permanent neue Luxuseinheiten geschaffen, steigen die Bodenrichtwerte und die benachbarten MieterInnen sehen sich plötzlich einer vermeintlich guten Wohnlage und damit massiven Mieterhöhungen ausgesetzt. Hier sind endlich Änderungen beim Mietspiegel und der Wohnlagenklassifizierung vonnöten. Und in Gebieten mit einer sozialen Erhaltungsverordnung – wie sie gerade für größere Teile St. Georgs erlassen worden ist – verbietet sich überhaupt eine Hochgruppierung irgendeiner Straße in die gute Wohnlage. Alles andere würde dem Grundanliegen einer solchen Verordnung völlig zuwiderlaufen.

Kultur Tipp: Lesen ohne Atomstrom



Nach dem Plakatentwurf von Emma Grabowski

Während die Atom-Stromer von Vattenfall vom 19. bis zum 26. April ihre »Vattenfall Lesetage« inszenieren und mit 140 AutorInnen aufwarten (www.vattenfall.de/lesetage), hält es die alternative Szene lieber mit »erneuerbaren Lesetagen«. Und zwar gleich doppelt!

Zum zweiten Mal heißt es vom 10. bis 18. April: »Lesen ohne Atomstrom«. Der Hamburger Verein Literatur für alle e.V. organisiert insgesamt zwölf Veranstaltungen, wobei die Lesungen allesamt kostenfrei sind. Damit möchte der Verein – nach dem großen Erfolg im vergangenen Jahr – »gegen den Literaturmissbrauch von Vattenfall protestieren« (so der Sprecher Oliver Neß laut Mopo vom 15.3.2012). Auftreten werden u.a. Dieter Hildebrandt und Roger Willemsen (am 10.4. um 19.00 Uhr im Altonaer Theater), Simone Buchholz, Gunter Gerlach u.a. mit St. Pauli-Krimis (am 14.4. um 19.00 Uhr im Millerntor-Stadion) sowie Rolf Becker und Kai Degenhardt (am 15.4. um 19.00 Uhr in den Schanzenhöfen). Den Abschluss zelebriert Konstantin Wecker (am 18.4. ebenfalls um 19.00 Uhr in der Fabrik). Das Gesamtprogramm findet sich im Netz unter www.lesen-ohne-atomstrom.de.

Aber nicht genug damit: Vom 18. bis 27. April gibt es noch ein weiteres, an diversen Orten in der Stadt umgesetztes Literaturfestival. »Lesetage selber machen – Vattenfall Tschüss sagen«, so lautet das Motto. Vorbereitet wurde die Veranstal-

tungsreihe von AkteurInnen aus verschiedenen Zusammenhängen, darunter der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Ini Moorburgtrasse stoppen. Die Eintrittspreise sind mit durchschnittlich drei bis fünf Euro außerordentlich moderat. Zu hören und zu sehen ist nahezu ausschließlich kulturelles Lokalkolorit aus dem Hamburger Raum. Helga und Jürgen Bertram präsentieren beispielsweise ihr Buch »Onkel Ali & Co. Meine Multikulti-Straße« (am 19.4. um 20.00 Uhr in der Buchhandlung Christiansen, Bahrenfelder Straße 79), bei Frauke Turms Krimi geht es um »Zugeschanzt« (am 22.4. um 16.00 Uhr im Centro Sociale, Sternstraße 2), Ingvar Ambjörnson liest aus seinen Roman »Den Oridongo hinauf« in norwegisch, wird aber von Kersten Flenter übersetzt. (am 23.4. um 20.00 Uhr im Grünen Jäger, Neuer Pferdemarkt 36), Robert Brack liest aus seinem Krimi »Unter dem Schatten des Todes« (am 26.4. um 19.00 Uhr in der St. Pauli-Kirche, Pinnaßberg 80). »Linke Verlage in Hamburg – was geht?« lautet der Titel einer Veranstaltung, bei der VertreterInnen von Argument/Ariadne, VSA und Edition Nautilus – moderiert von Rolf Becker – über ein schwieriges Unterfangen sprechen (am 24.4. um 19.00 Uhr auch im Centro Sociale). Wer sich einen Überblick über die gut 60 Angebote verschaffen will, findet alles Wichtige unter www.lesetage-selber-machen.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Bucceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.